



Hochbauamt

Vertraulichkeitserklärung

Objekt:	TP150 – ÜL-NEZ Übergangslösung Notruf- und Einsatzleitzentrale Teilprojekt "Frontend-NEZ"
Arbeitsgattung:	BKP 290 Generalplaner

Der Anbieter verpflichtet sich alle Auftraggeber Informationen und Tatsachen, die ihm zur Kenntnis gelangen (sowohl während der Dauer des Beschaffungsverfahrens als auch generell während einer allfälligen Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber) vertraulich zu behandeln. **Die Vertraulichkeit ist allen involvierten Personen und Firmen zu übertragen.**

Die Ausschreibungsunterlagen dürfen anderen Firmen zugänglich gemacht werden, die Teile der Angebotserstellung übernehmen. In diesem Fall sind die Drittfirmen in den Angebotsunterlagen vollumfänglich zu nennen.

Anbieter / Firma

(Bitte geben Sie Ihre Daten nur in die vordefinierten Felder ein)

Anbieter / Firma (nach Handelsregistereintrag)	
Adresse:	
Postleitzahl / Ort:	

vertreten durch:

(Bitte geben Sie Ihre Daten nur in die vordefinierten Felder ein)

Name:	
Geburtsname (lediger Name):	
Vorname:	
Geschlecht:	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich
Geburtsdatum:	
Heimatort:	
Staatsangehörigkeit:	
Wohnorte/Adressen der letzten zwei Jahre:	

Allgemeingültiger Inhalt der Vertraulichkeitserklärung

Der/die Unterzeichnende verpflichtet sich, bezüglich aller Wahrnehmungen aus dem Geschäftsbereich der kantonalen Verwaltung sowie der Kantonspolizei St.Gallen absolutes Stillschweigen zu bewahren, insbesondere über

- den spezifischen Inhalt von Tätigkeiten der Kantonspolizei St.Gallen;
- sämtliche Personendaten (diese unterliegen dem Datenschutz);
- dem Amtsgeheimnis der Kantonspolizei St.Gallen unterliegende Informationen;
- der amtlichen Tätigkeiten der Kantonspolizei St.Gallen entstammende Informationen.

Die Geheimhaltungspflicht besteht auch nach Beendigung der Tätigkeit – und falls im Auftrag einer Firma gehandelt wird, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit aufgeführter Firma – uneingeschränkt weiter.

Ohne schriftliche Einwilligung der Kantonspolizei St.Gallen dürfen keinerlei Daten bzw. Informationen, die im Besitz der Kantonspolizei St.Gallen sind, aus den Räumlichkeiten der Kantonspolizei St.Gallen entfernt werden. Dies gilt für Originale sowie für Kopien, seien diese ganz oder auszugsweise. Ebenso wenig dürfen Daten oder Informationen auf irgendeine Art und Weise in den persönlichen Besitz überführt oder Dritten irgendwie zugänglich oder bekannt gemacht werden.

Eine Verletzung der Geheimhaltungspflicht kann strafrechtlich relevantes Verhalten darstellen und bestraft werden. Entsprechende, jedoch nicht abschliessend aufgeführte Gesetzesbestimmungen sind auf der letzten Seite dieser Erklärung im Rahmen eines Merkblatts aufgeführt. Der/die Unterzeichnende bestätigt, von diesen Gesetzesbestimmungen Kenntnis genommen zu haben.



Hochbauamt

Dieser Vertraulichkeitserklärung ist eine Kopie der Identitätskarte (ID) oder des Reisepasses der oben genannten Person beizulegen.

Mitarbeiter / Mitarbeiterin der Firma

Firma

Mitarbeiter/in

Ort

Datum

[Redacted area for company information]

Stempel / Unterschrift



Hochbauamt

Merkblatt mit möglichen Straftatbeständen

Rechtsgrundlagen

Auszug aus dem Strafgesetzbuch (StGB)

- Art. 143 StGB (Unbefugte Datenbeschaffung)
- Art. 143^{bis} StGB (Unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem)
- Art. 144^{bis} StGB (Datenbeschädigung)
- Art. 147 StGB (Betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage)
- Art. 162 StGB (Verletzung Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis)
- Art. 273 StGB (Wirtschaftlicher Nachrichtendienst)
- Art. 320 StGB (Verletzung des Amtsgeheimnisses)

Art. 143 StGB (Unbefugte Datenbeschaffung)

1. Wer in der Absicht, sich oder einen andern unrechtmässig zu bereichern, sich oder einem andern elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherte oder übermittelte Daten beschafft, die nicht für ihn bestimmt und gegen seinen unbefugten Zugriff besonders gesichert sind, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.
2. Die unbefugte Datenbeschaffung zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird nur auf Antrag verfolgt.

Art. 143^{bis} StGB (Unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem)

1. Wer auf dem Wege von Datenübertragungseinrichtungen unbefugterweise in ein fremdes, gegen seinen Zugriff besonders gesichertes Datenverarbeitungssystem eindringt, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.
2. Wer Passwörter, Programme oder andere Daten, von denen er weiss oder annehmen muss, dass sie zur Begehung einer strafbaren Handlung gemäss Absatz 1 verwendet werden sollen, in Verkehr bringt oder zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 144^{bis} StGB (Datenbeschädigung)

1. Wer unbefugt elektronisch oder in vergleichbarer Weise gespeicherte oder übermittelte Daten verändert, löscht oder unbrauchbar macht, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Hat der Täter einen grossen Schaden verursacht, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren erkannt werden. Die Tat wird von Amtes wegen verfolgt.
2. Wer Programme, von denen er weiss oder annehmen muss, dass sie zu den in Ziffer 1 genannten Zwecken verwendet werden sollen, herstellt, einführt, in Verkehr bringt, anpreist, anbietet oder sonst wie zugänglich macht oder zu ihrer Herstellung Anleitung gibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Handelt der Täter gewerbmässig, so kann auf Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Art. 147 StGB (Betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage)

1. Wer in der Absicht, sich oder einen andern unrechtmässig zu bereichern, durch unrichtige, unvollständige oder unbefugte Verwendung von Daten oder in vergleichbarer Weise auf einen elektronischen oder vergleichbaren Datenverarbeitungs- oder Datenübermittlungsvorgang einwirkt und dadurch eine Vermögensverschiebung zum Schaden eines andern herbeiführt oder eine Vermögensverschiebung unmittelbar darnach verdeckt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
2. Handelt der Täter gewerbmässig, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren oder Geldstrafe nicht unter 90 Tagessätzen bestraft.
3. Der betrügerische Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage zum Nachteil eines Angehörigen oder Familiengenossen wird nur auf Antrag verfolgt.

Art. 162 StGB (Verletzung des Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnisses)

1. Wer ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis, das er infolge einer gesetzlichen oder vertraglichen Pflicht bewahren sollte, verrät, wer den Verrat für sich oder einen andern ausnützt, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Art. 273 StGB (Wirtschaftlicher Nachrichtendienst)

1. Wer ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis auskundschaftet, um es einer fremden amtlichen Stelle oder einer ausländischen Organisation oder privaten Unternehmung oder ihren Agenten zugänglich zu machen, wer ein Fabrikations- oder Geschäftsgeheimnis einer fremden amtlichen Stelle oder einer ausländischen Organisation oder privaten Unternehmung oder ihren Agenten zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, in schweren Fällen mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft. Mit der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe verbunden werden.

Art. 320 StGB (Verletzung des Amtsgeheimnisses)

1. Wer ein Geheimnis offenbart, das ihm in seiner Eigenschaft als Mitglied einer Behörde oder als Beamter anvertraut worden ist, oder das er in seiner amtlichen oder dienstlichen Stellung wahrgenommen hat, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft. Die Verletzung des Amtsgeheimnisses ist auch nach Beendigung des amtlichen oder dienstlichen Verhältnisses strafbar.
2. Der Täter ist nicht strafbar, wenn er das Geheimnis mit schriftlicher Einwilligung seiner vorgesetzten Behörde offenbart hat.